

25/3/13

I
01
Herrn Nemitz

Antrag Drucksache Nr.: 01642/2018 der Mitglieder der Stadtvertretung Christian Richter und Stefan Schmidt

Betreff: Transparenz und Bürgerdialog in der Landeshauptstadt Schwerin stärken

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin wird damit beauftragt, das vorhandene Rats- und Bürgerinformationssystem der Stadtvertretung so zu erweitern, dass hier eine Sammlung der Antworten auf Anfragen der Bürgerinnen und Bürger gemäß dem IFG MV sowie die öffentlichen Dokumente der Eigenbetriebe der Stadt und kommunaler Unternehmen (einschließlich ihrer Tochterunternehmen) mit Mehrheitsbeteiligung zu finden sind. Hierzu zählen insbesondere die Wirtschaftspläne, Jahresabschlüsse, Lageberichte, Gesellschaftsverträge und ähnliche Dokumente.

Die eingestellten Inhalte sollten dabei im Volltext durchsuchbar sein.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist zulässig.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (neu)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

Bei einer Nutzung des bestehenden Informationssystems (Session/SessionNet) der Landeshauptstadt Schwerin würden keine zusätzlichen Entwicklungskosten anfallen. Allerdings erhöht sich durch die zusätzlich notwendige Datenverarbeitung und Datenpflege der zeitliche Arbeitsaufwand.

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Zustimmung mit Anmerkung:

Eine Anbindung von zusätzlichen Dokumenten im Informationssystem Session/SessionNet wäre technisch möglich. Da Session/SessionNet letztendlich eine Fachanwendung für die Gremienarbeit und kein eigenständiges Informationsportal ist, sollte eine Anbindung von weiteren Dokumenten wenn überhaupt nur im beschränkten Umfang erfolgen. Bei der Anbindung von weiteren Dokumenten muss zukünftig berücksichtigt werden, dass über die Suchfunktion im BIS/RIS neben den Sitzungsdokumenten dann auch weitere Dokumente dargestellt werden. Es findet keine Trennung zwischen Sitzungsunterlagen und sonstigen Dokumenten mehr statt. Die Entscheidung obliegt der Stadtvertretung.

Da die Anzahl der Anfragen nach dem IFG M-V derzeit noch überschaubar sind, könnte eine Anbindung hier erfolgen. Sollte im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung, die Anzahl dieser Anfragen steigen, müsste perspektivisch eine alternative Lösung in Betracht gezogen werden.



Dr. Rico Badenschier